

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Das Blatt erscheint täglich, ausser an Sonn- und Feiertagen, von 6 bis 12 Uhr. Preis 10 Pfennig. Abonnement: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter entgegen. Druck: A. G. Neumann, Neudorf.

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1096.

Nr. 273 Donnerstag, den 24. November 1921 16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Aus Anlaß der vorgekommenen Minderheiten hat der Berliner Polizeipräsident alle Versammlungen unter freiem Himmel, öffentliche Demonstrationen und dergleichen verboten.

Hinter dem entlassenen Oberleutnant zur See Goldt hat die Hamburger Polizeibehörde einen Steckbrief erlassen. Auf die Ergreifung des Goldt oder den Nachweis von Tatsachen, die seine Ergreifung zur Folge haben, wurde eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Lord Curzon empfing gestern nachmittag den deutschen Botschafter Dr. Stamer im Foreign Office.

Die Unberleglichkeit Chinas wurde von der Abrüstungskonferenz garantiert.

Rußlands neue Wirtschaftspolitik

Das Bestreben der Sowjetregierung geht seit Monaten dahin, durch Wiedereinführung des Kapitalismus die ungeheuren Schäden, die die kommunistischen Experimente der russischen Wirtschaft zugefügt haben, zu beheben. Zu diesem Zweck wurden drei Mittel angewandt: 1. die Heranziehung ausländischen Kapitals durch Verpachtung von Industrien und Wirtschaftsbetrieben, 2. das Akzidenzsystem, durch das Industriebetriebe einheimischen Unternehmern zur freien Ausnutzung und Verwaltung gegen Pachtzahlungen übergeben werden sollen, 3. das Trustsystem, das die Zusammenfassung einzelner über das Land verstreuter Industrien in Spitzenunternehmungen vorstellt, die von der Regierung finanziell unterstützt werden.

Das Dekret über die Wirtschaftskonzeptionen an das Ausland ermächtigte die Regierung, ausländischen Kapitalisten für den Zeitraum von 90 Jahren das Vertriebsrecht an bestimmten Industrien zu verleihen, gegen Abgabe von 25 Prozent der Produktion, Zahlung einer Pachtsumme, Einhaltung einer von Moskau vorgefertigten Arbeitsordnung und entschädigungslose Überlassung aller Neuanlagen nach Ablauf der Konzeptionsfrist an den russischen Staat. Der Versuch, so das ausländische Kapital am Wiederaufbau der russischen Wirtschaft zu interessieren, muß als völlig fehlgeschlagen bezeichnet werden, da die ausländischen Unternehmer, nachdem sie Einblick in die Verhältnisse bekommen hatten, meist erklärten, daß ihnen Sowjetrußland nicht die geringste Garantie für eine dauernde und zweckmäßige Arbeit von Großbetrieben gäbe. So unternahm man den Versuch, sich auf die heimische Kapitalkraft durch Anwendung der beiden anderen Mittel zu stützen. Zu diesem Zweck wurde die neue russische Reichsbank gegründet, die, mit einem Vertriebsvermögen von 2000 Milliarden Sowjetrubeln ausgerüstet, in erster Linie die Aufgabe haben soll, Privatbetriebe zu betreiben. Seitdem vor zwei bis drei Monaten die Dekrete über das Akzidenzsystem erschienen, sind in Pacht gegeben rund 600 Betriebe. Davon sind Lebensmittelbetriebe 240, und von diesen wieder 210 einfache Mühlen. Außerdem sind unter den verpachteten Betrieben Licht- und Seifenfabriken, Näh- und Strickmühlen. Man erkennt hieraus, wie groß die Kapitalnot ist. In erster Linie sind solche Betriebe in Pacht genommen worden, die kein oder nur ein geringes Betriebsvermögen erfordern, die also dem Handwerk nahesteht. Derartige Betriebe gibt es natürlich in Rußland tausende, sodaß die wenigen verpachteten kaum eine Rolle spielen. Ueber die ersten Anläufe ist auch das Trustsystem nicht hinausgekommen. Es hat zur Bildung von Trusts auf dem Gebiet der Textilindustrie, der Kohlen- und Stahlproduktion geführt. Die Textilindustrie wird in 7 Trusts für Tuch, Kammgarn usw. zusammengefaßt. Die Kohlenindustrie hat sich im Donzbasin zu einem Trust vereinigt. Hier ist wenigstens der Erfolg zu verzeichnen, daß in den letzten Jahren ruhenden Gruben die Arbeit wieder aufgenommen ist, wenn sie auch noch geringe Erträge liefert.

Nach diesen Angaben kann man sich vorstellen, wie gering die Produktion Sowjetrußlands ist. Denn man ist von dem System der Staatsbetriebe zum System der Privatbetriebe ja deshalb zurückgekehrt, weil die andere Betriebsform sich als unproduktiv erwiesen hat. Wenn nun aber die Zahl der Privatbetriebe so gering ist und die Staatsbetriebe nichts liefern, so wird eine wesentliche Verringerung nicht zu verzeichnen sein. Tatsächlich haben nur die Betriebe zur Bearbeitung tierischer Produkte, von Hellen und Häuten, Ausfuhrwaren geliefert und außerdem einzelne Hausindustrien, die Vorräte an Silberstein und Edeln zusammengebracht haben. Es zeigt sich aus solchen Ergebnissen, wie scholerisch es ist,

ein zerstörtes Wirtschaftssystem wieder soweit herzustellen, daß es, wenn auch nur eine kleine Rolle in der Weltwirtschaft spielen kann.

Minderheitenschutz in Polen.

W. Durch die Genfer Entscheidung erhält Polen wiederum einen Zuwachs zu seiner überaus großen Zahl von Deutschen in Oberschlesien. Die Genfer Entscheidung selbst steht zur Sicherung dieser Deutschen einen Minderheitenschutz vor, über den zwischen Deutschland und Polen verhandelt werden soll. So ist u. a. bestimmt worden, daß auch der Minderheitsvertrag, der am 28. Juni 1919 zwischen Polen und den alliierten Mächten abgeschlossen worden ist, für die oberschlesischen Gebiete Gültigkeit haben solle. Dieser Vertrag enthält Bestimmungen über die Option und über die Rechtsgleichheit aller polnischen Staatsbürger. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, daß die bürgerlichen und politischen Rechte ohne Unterschied der Sprache, der Rasse und der Religion allen Bürgern gemeinsam sein sollen. Das klingt alles sehr gut und schön, wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit! Die Deutschen in den abgetretenen Gebieten befinden sich heute in einem Zustand völliger Rechtlosigkeit. Die Polen benutzen alle Schikanen, die sich überhaupt benützen lassen. Wird einmal bezüglich der Ungerechtigkeit und der Gewalttaten zu schillem verfahren, so wäscht die Warschauer Regierung ihre Hände in Unschuld und schiebt die Verantwortung auf die untergeordneten Instanzen. Diese wiederum behaupten, Anordnungen der Warschauer Zentralinstanzen erhalten zu haben. Gegenüber diesem Wechselspiel ist jedoch die deutsche Bevölkerung völlig machtlos. Ueber die Rechtsbeugung polnischer Gerichte gegenüber Deutschen liegt umfangreiches Material vor. Die schön klingenden Bestimmungen des Minderheitensatzes stehen auf dem Papier, ohne daß sich irgendwelche Pole darum kümmern. Die früher von deutscher Seite betriebene Ostmarkenpolitik ist völlig gescheitert, jetzt aber müssen wir es erleben, daß die Polen die Mittel dieser Politik nunmehr gegen die Deutschen anwenden. Brutalität und Schikane herrschen überall. Es braucht ja nur erinnert zu werden an die Verreibung der dreitausend deutschen Bauernfamilien, die mitten im Winter erfolgen soll. Die unglücklichen Anliebler sind völlig verzweifelt und wissen nicht mehr, was sie tun sollen. Die deutsche Regierung hat zwar gegen die polnische Willkür beim Botschafter protestiert, aber der Optimismus ist vollkommen ungerichtet, daß die Botschafterkonferenz nunmehr die Rechtsminderheit der Polen auch als solche verurteilt. Die ganze Geschichte des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten in den letzten drei Jahren ist ein ungeheures Leidenskapitel. Die deutsch-polnischen Beziehungen können nur dann auf einer gesunden Grundlage geregelt werden, wenn Polen sich endlich dazu herbeiläßt, Bürgerschaften für einen Schutz der deutschen Minderheiten zu geben. Polen muß bei den bevorstehenden Verhandlungen zu erkennen geben, ob es bereit ist, auf die bisher betriebene Vernichtungspolitik gegenüber dem Deutschtum zu verzichten. Nur wenn eine solche Erklärung erfolgt, ergibt sich die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen, die für beide Teile Vorteil haben können.

Um die Erfassung der Sachwerte.

St. Im Steuerausschuß des Reichstags hat am Mittwoch der mehrheitssozialistische Abgeordnete Dr. Bernstein den offiziellen Antrag seiner Partei auf Vorlesung eines Entwurfs über die Erfassung der sogenannten Sachwerte begründet und eingebracht. Damit wird eine vielerörterte Frage endgültig zur Diskussion gestellt, und man darf annehmen, daß der Kampf nicht leicht sein dürfte. Der Widerstand gegen ein Vorhaben im Sinne einer stärkeren Rußbarmachung der zunächst als Goldwerte und dann als Sachwerte bezeichneten Besitztümer hat sich innerhalb der bürgerlichen Parteien um so mehr verfestigt, je länger und je dringlicher von links her auf die Regierung gedrückt wurde, damit sie ihre bisherige Jurisdiktion ausdehne und zu positiven Vorschlägen im Reichstag trete. Man erklärt im bürgerlichen Lager, daß es sich nur um ein leeres Schlagwort handele, hinter dem nichts anderes als die Gefahr der endgültigen Ruinierung der deutschen Wirtschaft lauer. Man rechnet aus, daß man bestentfalls bei Durchführung des Planes, die man im übrigen materiell und ideal für unmöglich hält, eine kurze Atempause erreichen könne, nach deren Ablauf der Zusammenbruch der deutschen Finanzen um so schneller eintritt müsse. Das wird im einzelnen mit Zahlen aus der letzten vom Minister Dr. Hermes gegebenen Statistik belegt, die zur klareren Veranschaulichung auf den heutigen Dollarkurs noch

gerechnet werden. Nun ist dazu zu sagen, daß das Problem der Erfassung der Sachwerte ebenso sehr ein wirtschaftliches als ein rein politisches ist, und daß man das eine nicht um des andern willen gering einschätzen darf. Breite Massen des deutschen Volkes, in besondern der Arbeiterklasse, leben der Ueberzeugung, daß es Pflicht der Regierung ist, nicht nur sie durch den zehnprozentigen Lohnabzug, sondern auch den Rest zur Deckung der ungeheuren Staatslasten bis zum äußersten heranzuziehen, und daß der nächstliegende Weg dazu eben die Erfassung der Sachwerte sei. Die Entwicklung hat dazu geführt, daß diese Frage gleichgültig mit der sogenannten Kredithilfe der deutschen Großindustrie auf wurde und zwar in dem Sinne, daß, wenn das eine nicht zu erreichen sei, das andere unbedingt erlangt werden müsse. Der sozialdemokratische Antrag ist deshalb auch eingebracht worden, als die Kredithilfe der Industrie in Konsequenz von deren Bedingungen vollständig fragwürdig geworden war. Schon die Verhandlungen im Steuerausschuß werden zeigen wie die einander widerstrebenden Kräfte mit sich fertig werden. Nach wie vor ist das eigentliche Problem das, dem Staate Geld zu schaffen und zwar durch eine Kraftleistung des eigentlichen Volkes. Wenn man von bürgerlicher Seite in diesem Sinne Besseres und Erträglicheres zu bieten hat, als Erfassung der Sachwerte, so ist es für Vorschläge dieser Art noch immer nicht zu spät. Dr. Wirth hat deshalb die Großindustrie noch einmal zu einer ausreichenden freiwilligen Leistung aufgefordert.

Kleine politische Meldungen.

Ein Ergänzungsgesetz zu den Beamtenbesoldungsgesetzen soll den Parlamenten bereits im Januar zugehen, nachdem die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen abgeschlossen sind. Die Ergänzung wird hauptsächlich den unteren Beamtengruppen Erleichterungen schaffen. Auch betreffs der Kinderzulagen werden Neuerungen in Erwägung gezogen; es ist vorgeschlagen worden, für Kinder, die außerhalb des Wohnortes die Schule besuchen, außerordentliche Beihilfen zu gewähren. Dadurch würde für die Beamten in niedrigen Ortsklassen ein gewisser Ausgleich geschaffen werden.

Konflikt mit Bayern. Die bayerische Regierung will den Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Verhältnisse in den Gefängnissen zum Besuch des Festungsgefängnisses Niederschönenfeld nicht zulassen und gegebenenfalls den Staatsgerichtshof anrufen. Da es sich um einen Konflikt zwischen dem Parlament als dem Träger der Souveränität in der deutschen Republik und einem Bundesstaat handelt, ist dieser Weg verfassungsmäßig gegeben.

Zweifelhaftes Sachverständigen. Der Leiter der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Genf, der ehemalige Schweizer Bundespräsident Calonder, hat Hobatz und Dr. Herold als Sachverständige berufen. Diese Berufung mutet eigentümlich an, da diesen beiden Herren ein großer Anteil an der Vergewaltigung Deutschlands durch Teilung des Industriegebietes zugemessen ist und beide Herren als überaus franzosenfreundlich bekannt sind.

Wunsch nach Übertragung der Saarregierung. Der Kreistag von Saarbrücken hat beim Völkerrundrat den Antrag gestellt, die jetzigen Mitglieder der Saarregierung nach Ablauf ihrer Amtsperiode abzugeben. Da diese Regierung bisher nur die Grubenwirtschaft zunichter, durch Einführung der Frankenwährung den Handel geschädigt, und den Ausverkauf des Gebietes an die Franzosen gefördert hat, werden sich die übrigen Kreistage dem Beschlusse anschließen, eine Einmütigkeit, die ihren Eindruck auf den Völkerrund nicht verfehlen kann.

Reparationsleistungen an Jugoslawien. Aus Belgrad wird berichtet: Der Staatsauschuß hat das Angebot der deutschen Regierung, auf Rechnung der Kriegsschuldigen an Serbien, Eisenbahnmateriale zu liefern, zur Kenntnis genommen. Deutschland verpflichtet sich, auf das Reparationskonto 100 Schnellzugs-, 200 Personenzugs-, 100 Güterzugs-, 50 schmalspurige Lokomotiven sowie 4000 Güterwagen und 2000 Personenzüge zu liefern, und zwar ein Drittel bis März 1922 und das übrige im Mai und Juni.

Nach Italien will eine große Flotte. Nachdem Frankreich in Washington Anspruch auf Kriegsschiffe und U-Boote in derselben Höhe und Größe wie Amerika und Japan erhoben hat, verlangt auch Italien als Mittelmeermacht eine Flotte, die der stärksten in diesem Meere mit Ausnahme der englischen gleich sein müsse. Und alles das nennt sich Wirtschaftskonferenz!

Wichtige Gemeindefragen.

Aus der Verbandsversammlung des Sächsischen Gemeindevorstandes. Der Vorstand des Sächsischen Gemeindevorstandes hielt in Dresden eine Sitzung ab. Aus den Verhandlungen gegenständlich sei folgendes hervorgehoben: Man hat beim Sächsischen Gemeindevorstand angeregt, die Uebernahme der Nahrungsmittelüberwachung auf das Reich und gleichzeitig eine grundsätzliche Ueberwindung des Familienverfahrens der Nahrungsmittelüberwachung zu beantragen. Nun sind in der letzten Zeit zwar wenig Nahrungsmittelverfälschungen festgestellt worden, dennoch bleibt aber eine scharfe Nahrungsmittelkontrolle als Vorbeugungsmittel unerlässlich. Es soll ein Aus-